

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus
erleitet; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1.50 M.; Einzelnummern 10 Pf.
Stolonto Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Neuenbürg
zu. Agst. Wildb. : Postkonto: Enztalbote Komm.-Gel.
Haberle & Co. Wildbad. : Postcheckkonto Stuttgart, 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundpr. 15 Pf., außerh. 20 einchl.
Inf.-Steuer. Reklamezeile 50 Pf. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Auktionserteilung werden jeweils
10 Pf. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontursfällen od. wenn gerichtl.
Betreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag u. Schriftleitung Theodor Gatz, Wildbad, Wilhelmstraße A 151. Wohnung: Bismarckstraße 237.



Nummer 234

Februar 179

Donnerstag, den 7. Oktober 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Japan und die Türkei

In Konstantinopel weilten kürzlich die beiden japanischen Schulkreuzer „Asama“ und „Idzumo“ unter dem Kommando des Admirals Yamamoto längere Zeit zu Besuch. Bei dieser Gelegenheit ist es zu Freundschaftslundgebungen zwischen Japan und der Türkei gekommen, die dem Besuch der japanischen Kriegsschiffe am Goldenen Horn eine allgemeine politische Bedeutung geben.

Die politische Annäherung Japans an die Türkei ist eine Folge der durch den Weltkrieg und seinen Ausgang in Asien veränderten Verhältnisse und hat ihre Gründe einmal in den Schwierigkeiten, mit denen die japanische Politik seit dem Weltkrieg in Ostasien zu kämpfen hat. Weiterhin hat sie ihre Gründe in dem Erstarken der neuen Türkei und ihrer nationalen und asiatischen Einstellung, dann aber vor allen Dingen auch in dem Bestreben Japans, unter Ausnutzung des erwachenden Nationalgefühls der asiatischen Völker durch Zusammenschluß derselben unter japanischer Führung in Asien ein Gegengewicht zu schaffen gegenüber der bisherigen Vorherrschaft Europas und der Vereinigten Staaten. Dieses Ziel wird auch von Sowjetrußland verfolgt, mit dem Unterschied jedoch, daß Sowjetrußland seine Verwirklichung erstrebt durch Errichtung einer von Moskau geleiteten großasiatischen Sowjet Herrschaft. Es hat damit Japan seit dem Weltkrieg in einen immer schärferen Gegensatz gebracht nicht nur England und den Vereinigten Staaten, sondern vor allen Dingen auch zu Sowjetrußland und im Zusammenhang damit zu einem politischen Ringen zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland in Asien geführt, das sich zurzeit offenbart in dem Kampf um die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in China. Japan sieht in dieser die wesentlichste Voraussetzung für die Verwirklichung seiner großasiatischen Bestrebungen, und es sucht hierzu neuerdings auch Anstoß an die Türkei, weil es in einem solchen Anschluß angesichts der geographischen Lage der Türkei und dem Verhältnis derselben zu Sowjetrußland und England eine Möglichkeit erblickt, sowohl auf Sowjetrußland wie auf England einen politischen Druck auszuüben und beide Länder dadurch einer Verständigung mit Japan geneigter zu machen, zunächst im Sinn seiner machtpolitischen Bestrebungen im fernen Osten.

Die politische Annäherung Japans an die Türkei dient also in erster Linie machtpolitischen Zwecken, die jedoch weniger die Türkei selbst als vor allen Dingen der Festigung der japanischen Machtposition in Ostasien und darüber hinaus in ganz Asien zum Ziel haben. Gleichzeitig damit aber dient sie auch wirtschaftspolitischen Zwecken. Japan sieht in der ostatischen Einstellung der neuen Türkei und deren Furcht, durch zu enge wirtschaftliche Anlehnung an die europäischen Großmächte erneut wieder immer mehr zum Spielball machtpolitischer Bestrebungen derselben zu werden, eine günstige Gelegenheit, der japanischen Industrie in der Türkei neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen und, geführt hierauf, auch in den anderen Ländern des nahen Orients und Mittelasiens wirtschaftlich Fuß zu fassen.

Die Türkei steht den Annäherungsbestrebungen Japans freundlich gegenüber. Japan hat als einziges Land bisher den Lausanner Friedensvertrag nicht unterzeichnet, der von der Türkei trotz seiner Erleichterungen gegenüber dem Vertrag von Storaes immer noch als drückende Fessel empfunden wird. Es ist weiterhin in der Meerengenkommission vertreten und kann aus seiner ganzen außenpolitischen Lage und seinen großasiatischen Bestrebungen heraus nur ein Interesse an einem Erstarken der Türkei haben. Dazu kommt, daß die Türkei in Japan das Vorbild sieht in ihrem Bestreben, ihr gesamtes Staats- und öffentliches Leben auf moderne Grundlagen zu stellen. Vor allen Dingen bedeuten die Annäherungsbestrebungen Japans für die Türkei eine wesentliche Stärkung ihrer Machtposition gegenüber den europäischen Großmächten und Sowjetrußland. Sie geben der Türkei eine Grundlage, sich aus dem bisherigen Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Mächten zu befreien und zu einer selbständigen, ihren Lebensinteressen entsprechenden Politik zu gelangen. Auch für den inneren Wiederaufbau und die innere Befestigung der neuen Staatsform kann ein engeres Verhältnis mit Japan für die Türkei wertvoll sein.

Die politische Annäherung Japans an die Türkei hat nunmehr einen neuen Ausbruch durch den Besuch der japanischen Kriegsschiffe am Goldenen Horn gefunden. Die Bedeutung dieses Besuches zeigt deutlich die Tatsache, daß er ausgerechnet zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo der Kampf der Mächte in China wieder in vollem Gang ist, wo die japanische Politik eine bemerkenswerte Schwankung vollzieht vom Stillen Ozean nach dem ostatischen Festland, wo sie sich in einer kräftigen Offensive befindet gegen Sowjetrußland in der Mandschurie und gleichzeitig damit nach Grundlagen sucht, um als Rückendeckung hierzu zu einer Verständigung zu kommen mit England im Stillen Ozean. Es ist weiterhin zu mindesten auffallend, daß sich fast gleichzeitig mit dem Besuch der japanischen Kriegsschiffe in der Türkei ein bemerkenswerter Umschwung vollzieht in

Tagesspiegel

Nach dem Verständigungsvorschlag soll die Hauptlinie des Hauses Hohenzollern in Preußen einschließlich der Herrschaft Dels (Schlesien) rund 63 000 Hektar erhalten (statt 83 000). Die beiden Nebenlinien, und zwar die Karl-Linie und die Albrecht-Linie, sollen die Herrschaften Ramenz in Schlesien und Flatow-Krojanke (Westpreußen) behalten.

Poincaré wird in nächster Woche einen mehrtägigen Besuch in Lothringen machen.

Der bulgarische Minister des Aeußern ist in Rom eingetroffen.

Der Vorsitzende der konservativen Parteiorganisation in England, Oberst Jackson, der dem rechten Flügel der Partei angehört, soll Gouverneur von Bengalen werden. Der Unfähigkeit oder Unfähigkeit des bisherigen Gouverneurs Ellison wird zum großen Teil die Schuld an den Kämpfen zwischen Hindus und Mohammedanern in Indien beigemessen.

In Mato Grosso (Brasilien, an der Grenze von Bolivien) ist eine Empörung ausgebrochen, an deren Spitze General Prestes steht.

der Stellungnahme gegenüber der Frage eines Eintritts in den Völkerbund. Während die Türkei einem Eintritt in den Völkerbund bisher scharf ablehnend gegenüberstand, haben sich plötzlich in ihr Bestrebungen geltend gemacht, die auf einen solchen hinführen. Ob und inwieweit diese Bestrebungen im Zusammenhang stehen mit der politischen Annäherung Japans, läßt sich schwer beurteilen. Es ist aber wohl möglich, daß sie es tun, denn einmal würde ein Eintritt der Türkei in den Völkerbund durchaus im Rahmen der großasiatischen Politik Japans liegen und dann spricht dafür, daß England, das bisher mit allen Mitteln versucht hat, die Türkei zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, nunmehr plötzlich diesen ebenso scharf bekämpft.

Wie dem aber auch sei, sozial ist heute erkennbar, daß ein politisches und wirtschaftliches Zusammengehen Japans und der Türkei von weittragendem Einfluß sein würde für die politische Entwicklung in Asien sowohl, wie in der ganzen Welt. Mit einem solchen Zusammengehen, mit einem Erscheinen japanischer Offiziere und Spezialisten als Reformer in der Türkei würde die Idee einer asiatischen Front gegen Europa zum erstenmal wirklich greifbare Gestalt annehmen und in Asien eine politische Lage geschaffen werden, deren Folgen vor allem für die Machtposition Englands in Asien ganz unabsehbar sein würden.

Neue Nachrichten

Dr. Gehler beim Reichspräsidenten

Berlin, 6. Okt. Der Herr Reichspräsident, der gestern abend von seinem kurzen Erholungsurlaub auf dem Lande nach Berlin wieder zurückgekehrt ist, nahm heute vormittag den Vortrag des Herr Reichswehrministers Dr. Gehler entgegen. — Der Vortrag dürfte mit dem Rücktritt des Generalobersten v. Seekt in Zusammenhang stehen.

Seekt zurückgetreten

Berlin, 6. Okt. Wie das Nachrichtenbüro des R. d. Z. erfährt, hat der Chef der Heeresleitung, General v. Seekt, dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Eine Entscheidung über das Gesuch ist noch nicht gefallen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sein Rücktritt im Zusammenhang steht mit der Beteiligung des ältesten Sohnes des ehemaligen Kronprinzen an den Wahlen in Württemberg. General v. Seekt soll davon gewußt haben, ohne es zu verhindern.

Die Kunde von dem Rücktritt Seekts wird Poincaré und Marschall Foch mit besonderer Genugung erfüllen, denn sie haben schon jahrelang Seekts Entfernung aus der Leitung der Reichswehr betrieben.

Zu Stresemanns Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft

Berlin, 6. Okt. Graf Westarp, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, stellt in der „Kreuzzeitung“ fest, daß Dr. Stresemann und mit ihm die Deutsche Volkspartei auf dem Kölner Parteitag die von Dr. Jares und Frhr. v. Gayl angeregte Arbeitsgemeinschaft der Rechtsparteien abgelehnt haben. Die Deutschnationale Volkspartei sei einig, nach wie vor die außenpolitische Stellung Deutschlands für unzulänglich zu erklären und andererseits klarzustellen, daß die Heranziehung der in der Deutschnationalen Volkspartei vorhandenen Kräfte zur Regierungsarbeit möglich und notwendig sei.

Aus dem preussischen Landtag

Berlin, 6. Okt. Die sozialdemokratische Fraktion besprach in der Frage des Hohenzollernvergleichs den Vorschlag, wo-

nach 87 000 Morgen an den Staat zurücktaufen sollen und die Barennschädigung nicht 50, sondern 15 Millionen betragen soll. Außerdem sollen eine Reihe von Schlössern, wie Babelsberg und Bellevue im Tiergarten an den Staat fallen. Es dürfte eine Entscheidung in dem angedeuteten Sinne zu erwarten sein. Auch Zentrum und Deutsche Volkspartei sind für eine baldige Erledigung. Bezüglich der Großen Koalition wird die Deutsche Volkspartei voraussichtlich am Donnerstag einen Bericht des Abgeordneten Dr. Leibig über seine Besprechungen mit dem Zentrum entgegennehmen.

Orzesinski preussischer Minister des Innern

Berlin, 6. Okt. Der preussische Ministerpräsident Braun hat das Entlassungsgesuch des Ministers Severing angenommen und das Ministerium des Innern dem Polizeipräsidenten von Berlin, Orzesinski (Soz.) übertragen.

Die Blätter weisen darauf hin, daß Orzesinski nach der Revolution Vorsitzender des Soldatenrats in Kassel gewesen ist.

Der Rücktritt Severings erfolgt nach der Meinung der Blätter aus dem Grund, weil er sich dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierungskoalition hartnäckig widersetzt, während das Zentrum die Große Koalition wünscht, da die derzeitige Regierungsmehrheit nur drei Stimmen beträgt.

Der Zwischenfall in Neustadt a. Saardt

Neustadt a. S., 6. Okt. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß von einem beabsichtigten Angriff des Küfermeisters Krautter auf den französischen Sergeanten keine Rede sein kann. Hierfür spricht auch, daß Krautter am anderen Morgen, nachdem er vormittags um 10 Uhr noch auf der Bank saß, mit seinem Motorrad fortgefahren ist. Ein Zeuge, der während des Vorfalles an einem Nebentisch saß, erklärte, er habe gesehen, daß Krautter und der in Zivil gekleidete Franzose sich nach dem Vorfall um den Sergeanten bemüht und ihn stützten. Auch dieses Verhalten des Krautter deutet in keiner Weise darauf hin, daß er sich schuldig fühlte.

*

Italienische Forderungen

Paris, 6. Okt. Gegenwärtig werden zwischen Frankreich und Italien hochpolitische Verhandlungen geführt, bei denen Italien folgende Forderungen aufgestellt haben soll: 1. Kinder von Italienern in Tunis sollen nicht mehr wie bisher gezwungen sein, französische Staatsbürger werden zu müssen. 2. Das Verbot der Erwerbung von Grund und Boden durch Italiener in Tunis und Marokko soll fallen. 3. Frankreich soll die italienischen „Eisenbahnpläne“ in Abessinien unterstützen. 4. Die italienische Regierung soll das Recht haben, die in Frankreich lebenden italienischen Arbeiter und Flüchtlinge durch die Konsulate überwachen zu lassen. — Italien wäre dagegen bereit, die gegenwärtige Machtverteilung im Mittelmeer anzuerkennen und einer etwaigen deutsch-französischen Annäherung keine Schwierigkeiten zu machen. Auf französischer Seite sollen die italienischen Forderungen keinen guten Eindruck gemacht haben.

Chamberlain und Briand haben sich geeinigt, die von Spanien verlangte Tangerkonferenz abzulehnen, weil dazu auch Deutschland und Rußland als Mitunterzeichner des früheren Algiertrats eingeladen werden müßten, was nicht erwünscht sei. Es sei aber nichts dagegen einzuwenden, wenn Italien einen Vertreter in die Verwaltungskommission des internationalen Tangergebiete entsende.

Das Franziskusfest in Assisi

Assisi, 6. Okt. In Anwesenheit einer großen Menge von Vertretern der Behörden und anderer hervorragender Persönlichkeiten fand die feierliche Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Assisi an den Kardinallegaten Merry de Val statt. Der Kardinal erging sich in Lobpreisungen des heiligen Franz. Er brachte seine aufrichtige Dankbarkeit für den Bürgermeister und die Zivil- und Militärbehörden zum Ausdruck. „Mein Dank gilt auch demjenigen“, fuhr der Kardinal fort, „der an der Spitze der italienischen Regierung steht (Mussolini) und mit klarem Blick für Tatsachen wünscht, daß die Religion geachtet, geehrt und ausgeübt werde. Unter dem sichtbaren Schutz Gottes hat er weise das Los der Nation gebessert und ihr Ansehen in der ganzen Welt vermehrt.“ Zum Schluß ergriff der Unterrichtsminister Fedele als Vertreter der Regierung das Wort. Er wünschte, daß der durch die Vermittlung des Kardinallegaten auf Italien herabgestiegene göttliche Segen des päpstlichen Stuhls Heilbringer der Wiedergeburt, nicht nur des sozialen und wirtschaftlichen, sondern auch der moralischen und geistigen des italienischen Volks sein möge, dem die italienische Regierung und ihr hervorragender Führer mit allen Kräften ergeben seien.

Der Endkampf im englischen Bergarbeiterausstand
London, 6. Okt. In den Bergwerksbezirken findet gegen-



